

Normalisierung ihrer Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und auf die Durchsetzung der in der DDR bereits verwirklichten Grundsätze des Potsdamer Abkommens auch in der westdeutschen Bundesrepublik beziehen.

Die gegenwärtige Situation kann etwa so umrissen werden: Einerseits sind die Beherrscher Westdeutschlands, die ihre Herrschaft auch über die DDR ausdehnen möchten, *dazu nicht in der Lage*; andererseits sind die fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands *noch nicht in der Lage*, gestützt auf die Errungenschaften der DDR, die Verhältnisse in der Bundesrepublik im Sinne einer grundlegenden demokratischen Umwälzung zu verändern. Die allseitige Stärkung der DDR wird die Aussichtslosigkeit der Pläne des westdeutschen Monopolkapitals immer offensichtlicher werden lassen und andererseits die Anziehungskraft der DDR mit ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung erhöhen und die demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen Militarismus, Neonazismus und Imperialismus ermutigen und stärken.

Unabhängig von der Entwicklung in Westdeutschland und unseren Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik und zur besonderen politischen Einheit Westberlin geht die DDR konsequent ihren Weg des Sozialismus. Dabei wird sie sich noch fester mit der Sowjetunion und dem gesamten sozialistischen Lager verbinden. Damit unterstützen wir zugleich die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in Westdeutschland.

#### **Vorschläge für ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten**

Das, was heute in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten möglich, aktuell und notwendig ist, habe ich in der Neujahrsbotschaft der DDR dargelegt. Ich erneuere heute unsere Vorschläge für folgende nächste Schritte:

*Wir schlagen vor*, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander treffen.

*Wir schlagen vor*, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten einen Vertrag schließen, der dem Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zum Inhalt hat.

*Wir schlagen vor*, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten